

UPDATE LEBENSMITTELRECHT 3/2020



KOMPETENZEN

Lebensmittel-, Futtermittel-,
Kosmetik- und Konsumgüterrecht

BERATUNGSSPEKTRUM

- Klärung branchen- und produkt-spezifischer Fragestellungen
- Vertretung vor Behörden und Gerichten
- Kennzeichnung und Bewerbung von Produkten (inkl. Verkaufsförderungsmaßnahmen)
- Erstellung und Optimierung von HACCP-, Hygiene- und Qualitätsmanagementkonzepten
- Krisenmanagement
- Inhouse-Schulung
- Food Compliance
- Maßnahmen zur Reduzierung des Haftungsrisikos
- Besonderheiten des Fernabsatzes
- Beratung und Unterstützung bei Zulassungsverfahren
- Überprüfung der Verkehrsfähigkeit

KEINE PRALINEN FÜR DEN EUGH: STÜCKZAHLANGABE AUF DER UMWERPACKUNG BEI UMHÜLLTEN EINZELPACKUNGEN

Der BGH ([Beschluss vom 05.03.2020, Az.: I ZR 80/19](#)) hat die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des OLG Frankfurt am Main ([Urteil vom 25.10.2018, Az.: 6 U 175/17](#)) zurückgewiesen, da die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Revisionsgerichts erfordert. Eine Vorlage an den EuGH nach Art. 267 AEUV war nach Ansicht des BGH ebenfalls nicht veranlasst.

Das OLG Frankfurt a.M. hatte – ähnlich wie bereits die Vorinstanz – die Ansicht vertreten, dass Pralinenkugeln, die jeweils mit einer verschweißten Folie umgeben sind und in einer Umverpackung angeboten werden, nach Art. 23 i.V.m. Anhang IX Ziff. 4 Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 auf der Umverpackung die Anzahl der enthaltenen Einzelverpackungen ausweisen müssen. Nach dieser Vorschrift ist bei Vorverpackungen aus zwei oder mehr Einzelverpackungen, die nicht als Verkaufseinheit anzusehen sind, die Nettofüllmenge in der Weise anzugeben, dass die Gesamtnettofüllmenge und die Gesamtzahl der Einzelverpackungen angegeben werden. Durch das Sichtfenster der streitgegenständlichen Vorverpackung war die Anzahl der enthaltenen Pralinen nicht exakt erkennbar. Auf der Unterseite der Verpackung war lediglich die Nettofüllmenge angegeben, nicht aber die Stückzahl der enthaltenen Pralinen.

Auf Grundlage dieser tatgerichtlichen Feststellungen des OLG Frankfurt a.M. hatte der BGH keine Zweifel, dass die die Pralinenkugeln jeweils einzeln umhüllenden zugeschweißten Folien die Voraussetzungen einer Einzelverpackung i.S.v. Anhang IX Ziff. 4 Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 erfüllen und daher auf der Umverpackung die Stückzahl anzugeben ist. Entscheidungserhebliche Zweifelsfragen zur Auslegung des Unionsrechts, die die Anrufung des EuGH rechtfertigen, stellen sich für den BGH nicht. Das Unterlassen der Angabe der in der Vorverpackung enthaltenen Einzelverpackungen ist damit unlauter i.S.v. § 5a Abs. 2 UWG.

Bedeutung für die Praxis:

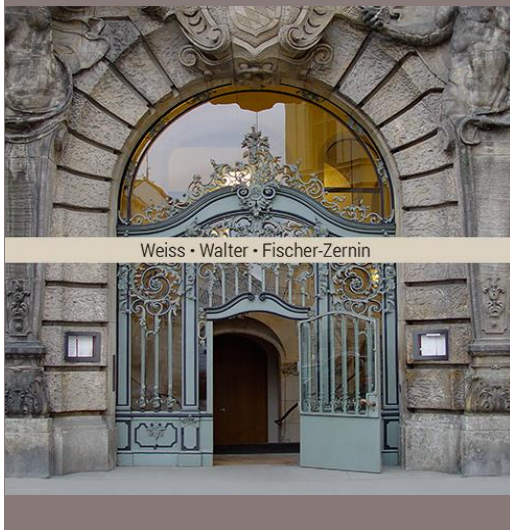
Mit der vorliegenden Entscheidung setzt der BGH einen Schlussstrich zur Auslegung und Anwendung von Art. 23 i.V.m. Anhang IX Ziff. 4 Verordnung (EU) 1169/2011. Demnach ist bei mehreren identischen Lebensmitteln, die jeweils mit einer verschweißten Folie umgeben sind und in einer Vorverpackung angeboten werden, stets auf der Vorverpackung neben der Nettofüllmenge auch die Anzahl der enthaltenen Einzelpackungen anzugeben; lediglich die Angabe der Gesamtnettofüllmenge ist nicht ausreichend. Das Unterlassen entsprechender Angaben kann zu behördlichen Beanstandungen und/oder wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen führen. Zudem sind bei der Füllmengenkontrolle Vorkehrungen bzgl. der Stückzahlerfassung zu treffen.

So erreichen Sie uns:

Weiss · Walter · Fischer · Zernin
Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater
Kardinal-Faulhaber-Straße 10
80333 München
Germany

Tel.: +49 89 290719-0
Fax: +49 89 290719-17
Email: lebensmittelrecht@rae-weiss.de

www.rae-weiss.de



WEITERE URTEILE

BGH: Cuatello di Parma vs. Prosciutto di Parma

Der Umstand, dass eine nach dem Muster „Culatello di Parma“ gebildete Bezeichnung in der Ortsangabe (hier: „di Parma“) mit einer nach demselben Muster gebildeten geschützten Ursprungsbezeichnung (hier: „Prosciutto di Parma“) übereinstimmt, kann eine Anspielung im Sinne von Art. 13 I UAbs. 1 lit. b Verordnung (EU) 1151/2012 begründen. Ob gegen die Verwendung einer geschützten Ursprungsbezeichnung für die Vermarktung eines Erzeugnisses ein Unterlassungsanspruch besteht, beurteilt sich nach Ansicht des BGH ([Urteil v. 12.12.2019, Az.: I ZR 21/19](#)) nach dem Recht des Mitgliedsstaats, in dem das Erzeugnis vermarktet wird.

VG Stuttgart: Verbot „Late-Night-Shopping“ wg. Corona (COVID-19)

Nach Ansicht des VG Stuttgart ([Beschluss v. 14.3.2020, Az.: 16 K 1466/20](#)) stellt das Verbot eines „Late-Night-Shoppings“ eine notwendige Schutzmaßnahme dar, um die rasche Ausbreitung des COVID-19-Virus zu verhindern. Aufgrund der Vielzahl der zu erwartenden Besucher ist bei einer solchen Veranstaltung von einer hohen Ansteckungsgefahr auszugehen. Das überragend wichtige Interesse am Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung führt im Rahmen der Interessenabwägung zu einem Vorrang des öffentlichen Interesses vor den privaten wirtschaftlichen Interessen.

VG München: Corona (COVID-19) Ausgangsbeschränkung rechtswidrig

Das VG München ([Beschluss v. 24.03.2020, Az.: M 26 S 20.1252](#)) hat die Wirkung der Ausgangsbeschränkung des Bay. Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 20.03.2020 aus formalen Gründen teilweise außer Kraft gesetzt. Ziff. 1, 4 und 5 der Ausgangsbeschränkung wäre nicht durch Allgemeinverfügung, sondern durch Rechtsverordnung zu regeln gewesen.

VG Würzburg: Stichtagsmeldung für Schafe und Ziegen

Das VG Würzburg ([Urteil vom 02.03.2020, Az.: W 8 K 19.1423](#)) betonte, dass eine durch öffentlich-rechtlichen Vertrag als „Beauftragte Stelle“ i.S. der Abschnitte 9 und 11 der ViehVerkV zur Entgegennahme der Stichtagsmeldungen nach § 26 Abs. 3 Nr. 2 ViehVerkV verpflichtete Person als Verwaltungshelfer tätig wird. Ein Verwaltungshelfer besitzt keine eigene Befugnis zu hoheitlichem Handeln.

Aktuelle regulatorische Entwicklungen

Der Arbeitskreis Lebensmittelchemischer Sachverständiger der Länder und des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (ALS) hat die [Stellungnahmen 2019/64-91 seiner 114. Sitzung](#) vom 30.09. bis 02.10.2019 auf der Homepage des BVL veröffentlicht.

Stand: 31.03.2020

Redaktion: lebensmittelrecht@rae-weiss.de

Dr. Markus Kraus, Rechtsanwalt

Dr. Jan Kreklau, Rechtsanwalt

Haftungsausschluss

Der E-Mail-Service wurde mit Bedacht und Sorgfalt erstellt. Dennoch kann keine Haftung für Fehler oder Unvollständigkeit übernommen werden. Der E-Mail-Service stellt keine auf den Einzelfall bezogene Beratung dar und kann anwaltlichen Rechtsrat nicht ersetzen.

Im Text bestehen Verlinkungen auf Seiten Dritter, deren Inhalte wir nicht beeinflussen können. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Sollten Sie Rechtsberatung benötigen, steht Ihnen unsere Sozietät gerne zur Verfügung.